



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Gesundheit Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 31. Januar 2023

Vorlagen-Nr. 21-V-53-0011

Initiierung eines Modellprojekts im Rhein-Main-Gebiet zur Legalisierung von Cannabis
- Beschluss Nr. 108 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 21.09.2021 -
- Beschluss Nr. 700 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021 -

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 700 vom 16.12.2021

1. Es wird beschlossen, dass
 - 1.1. Dez. II/53 die Initiative zur Einrichtung eines städteübergreifendes Modellprojekts zur regulierten Abgabe von Cannabis an Volljährige in der Rhein-Main-Region ergreift;
 - 1.2 *geändert*
zum Stellenplan 2022/2023 eine Stabstelle im Gesundheitsamt mit zwei Vollzeitplanstellen im Stellenwert E14 und E 13 geschaffen wird. Die Stellenwerte sind vor einer Ausschreibung mit Dezernat I/15 durch Vorlage einer Stellenbeschreibung abzustimmen. Die Stellen können nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung und vorab der Genehmigung zum Stellenplan 2022/2023 überplanmäßig zum 1. Januar 2022 besetzt werden. Voraussetzung ist, dass eine positive Entscheidung in den Haushaltsberatungen 2022/2023 zur Einführung des städteübergreifenden Modellprojekts zur Abgabe von Cannabis an Volljährige erfolgt.
 - 1.3 *geändert*
bei positiver Entscheidung in den Haushaltsberatungen 2022/2023 im Rahmen der neuen Regelungen zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat II/53 ab Januar 2022 um zwei VZÄ zu erhöhen ist.
 - 1.4 *geändert*
über die Zusetzung des Budgets für Dezernat II/53 bezüglich Personal- und Sachkosten i. H. v. 269.340 € p. a. in den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2022/2023 entschieden wird.
- II.
 - 1) Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene beabsichtigt.
 - 2) Der Magistrat wird gebeten, die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Beschlusses Nr. 0108 vom 21. September 2021 bezüglich der Durchführung eines Modellversuches in Wiesbaden um ein Jahr zurückzustellen. Der entsprechende Beschluss ist sodann erneut dem Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Gesundheit vorzulegen.

- 3) Der Magistrat wird gebeten, das Thema Prävention in Bezug auf Cannabis-Konsum weiter auszuarbeiten und flankierend zu einer Legalisierung der Abgabe an Personen über 18 Jahre umzusetzen.
-

Beschluss Nr. 0003

1. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Franz werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss das Positionspapier des Deutschen Städtetages zur Verfügung zu stellen.
3. Der Punkt wird nach der Sommerpause 2023 erneut aufgerufen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2023

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2023

Dezernat III und Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme
Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister